

PROTOKOLL



Zu der auf **Donnerstag, den 25.06.2026**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordnetenversammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Bergmann, Michael
Eichhorn, Uwe
Ergler, Volker
Föhr, Tina
Frank, Elvira
Haas, Sigrid
Dr. Hellmund, Mario
Jukic, Dirk
Kruhmann, Torben
Mandel, Klaus
Sykora, Beate

SPD-Fraktion

Dessi, Jeannine
Dewald, Cathriné
Dirican, Seyma
Eppel-Küster, Stefanie
Erdogan, Nurcan
Inturri, Christian
Lichtenthäler, Peter
Neuß, Peter
Schmiddyem, Jutta

Fraktion Bürgernetzwerk Viernheim

Bongiorno, Johannes
Gander, Heike
Martin, Sabine
Hon.-Prof. Dr. Pfenning, Uwe
Reinhardt, Stefan
Theymann, Wolfram

Entschuldigt fehlten
Bickel, Benjamin
Büchler, Ruth
Disson, Gregor
Kruhmann, Jasmin
Schäfer, Daniel
Dr. Stülpner, Henrik
Wolk, Kathrin

UBV-Fraktion

Benz, Walter
Deuser, Fabienne
Deuser, Roger
Deuser, Xenja
Stumpf, Janina

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Döringer, Nicole
Heß, Sebastian
Isiksal, Burak
Kruhmann, Jessica

FDP-Fraktion

Mertin, Michelle
Roesch, Niklas

fraktionslos

Kempf, Ralf

VOM MAGISTRAT:

Baaß, Matthias (Bürgermeister)
Scheidel, Jörg
Gutperle, Jürgen
Haas, Michael
Kirchner, Helmut
Kosbau, Michael
Vanli, Hayrettin
Winkenbach, Manfred
Zimmermann, Markus

Entschuldigt fehlten
Wolk, Günter
Bartelt, Andreas
Häfele, Andreas
Schmidt, Alfred

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Reiners, Simone

VON DER VERWALTUNG:

Dr. Corell, Christian
Haas, Philipp
Kettner, Tobias
Kuhn, Alexander
Kursawe, Jacqueline
Ruth, Sabine

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
Viernheimer Tageblatt

ZUHÖRER*INNEN:

27

Φ Φ Φ Φ

Stadtverordnetenvorsteher Torben Kruhmnn eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest. Er schlug eine umfangreiche Umstellung der Tagesordnung vor. Den Vorschlag hatte er im Vorfeld der Sitzung bereits an die Fraktionsvorsitzenden versandt. Ihm wurde zugestimmt.

Gegen die Protokolle der Sitzungen vom 23.04.2026 und 22.05.2026 gab es keine Einwände.

- - -

TAGESORDNUNG:

- neu 1. (alt 17.) Parlamentarische Anfrage Bürgernetzwerk: Gerüchte um die Schließung Hort Kirschenstraße
- neu 2. (alt 11.) Antrag der CDU-Fraktion: Prüfantrag Hortangebote
- neu 3. (alt 1.) Radschnellverbindung Mannheim-Viernheim-Weinheim (RS 15) – Abschluss Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung)
- neu 4. (alt 2.) Antrag des Stadtverordneten Torben Kruhmnn: Erneute Einrichtung eines Arbeitskreises Finanzen für den Haushalt 2027
- neu 5. (alt 3.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Entsiegelungsflächen erfassen, entsiegeln und begrünen
- neu 6. (alt 5.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Öffentliche Sicherheit und Ordnung – Maßnahmen gegen Jugendgewalt
- neu 7. (alt 4.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Stellensperre 2026
- neu 8. (alt 6.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Einhaltung Lärmschutz Baugebiet Nordwest II
- neu 9. (alt 7.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: MINT-Bus
hier: Erweiterte Nutzung des Kleinbusses der Stadtjugendpflege zur Förderung der außerschulischen Bildung von Jugendlichen und Kindern in Viernheim
- neu 10. (alt 13.) Transparente Darstellung der Kosten und Strukturen der Abfallbeseitigung im Stadtgebiet Viernheim - Beantwortung des CDU-Antrags
- neu 11. (alt 12.) Antrag der CDU-Fraktion: Prüfantrag Sofortprogramm sichtbar saubere Stadt
- neu 12. (alt 8.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Entwicklung eines Konzepts zur Verbesserung der Stadtsauberkeit in Viernheim
- neu 13. (alt 9.) Antrag der UBV-Fraktion: Maßnahmen zur Reduzierung der übermäßigen Krähenbelastung im Stadtgebiet Viernheim
- neu 14. (alt 10.) Antrag der UBV-Fraktion: Mehr Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung in der Stadtverordnetenversammlung
- neu 15. (alt 14.) Parlamentarische Anfrage Bürgernetzwerk Viernheim: Finanzen
- neu 16. (alt 15.) Parlamentarische Anfrage Bürgernetzwerk Viernheim: Sanierung der Waldsporthalle
- neu 17. (alt 16.) Parlamentarische Anfrage Bürgernetzwerk Viernheim: Stand PV auf 50 Prozent der Dächer

neu 1. (alt 17.) Parlamentarische Anfrage Bürgernetzwerk: Gerüchte um die Schließung Hort Kirschenstraße

Bezug: Anfrage der Fraktion Bürgernetzwerk vom 09.06.2026

Zur Beantwortung der Anfrage wurden keine Nachfragen gestellt.

Bitte erfassen Sie hier den Text (Beschlusstext) **Auszug:** Bürgermeister

neu 2. (alt 11.) Antrag der CDU-Fraktion: Prüfantrag Hortangebote

Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2026

Stadtverordneter Lichtenthäler verließ den Sitzungssaal aufgrund § 25 HGO (Befangenheit).

Stadtverordneter Mandel zeigte das Spannungsfeld zwischen Qualität, Chancengleichheit und der Finanzsituation auf. Die Beantwortung der Fragen solle mögliche Lösungen aufzeigen.

Stadtverordnete Kruhmnn erläuterte, dass die Funktion eines Hortes, über die einer reinen Betreuung hinaus ginge. Es seien wichtige Integrationsstellen. Der höhere Zuschuss sei somit ein bewusstes politisches Bekenntnis. Es handele sich um eine freiwillige Leistung und könne deshalb auch überprüft werden. Sie appellierte jedoch daran, nicht an Bildung zu sparen und eine weitsichtige Entscheidung zu treffen. Ihre Fraktion unterstütze den Prüfantrag, um eine gute Lösung zu finden.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, folgende Fragen im Gespräch mit der Kreisverwaltung zu prüfen und das Ergebnis dem Sozial- und Kulturausschuss sowie der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen:

1. Ist es möglich, die bestehenden Hortangebote in Viernheim (Hort Familienzentrum Kirchenstraße und Hort im TiB) in den Pakt für den Ganzttag aufzunehmen, sodass diese mit geänderter Finanzierung an ihren bisherigen Standorten fortgeführt werden können?
2. Welche Voraussetzungen müssen für die Aufnahme in den Pakt für den Ganzttag erfüllt werden?
3. Wie würde sich die Zusammensetzung der Finanzierung der Angebote im Pakt für den Ganzttag verändern? Hier bitten wir um Angabe der absoluten und relativen Beträge.
4. Gibt es weitere Möglichkeiten, den Landkreis finanziell an den Kosten der Horte zu beteiligen?

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Bürgermeister, KuBuS

neu 3. (alt 1.) Radschnellverbindung Mannheim-Viernheim-Weinheim (RS 15) – Abschluss Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung)

Bezug: Vorlage des Amts für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 01.06.2026

Stadtverordneter Bergmann als Vorsitzender des Bauausschusses berichtete über die dortige Diskussion und anschließende mehrheitliche Zustimmung zur Vorlage.

Für seine Fraktion erklärte er, dass die Aufteilung in Abschnitte die Flexibilität für die Stadt, auch finanziell, erhöhe. Der Kreisel sei ein wichtiger erster Abschnitt.

Stadtverordneter Benz sagte, dass seine Fraktion dies nicht so positiv sehe. Da der Kreisel auf einer Kreisstraße liege, solle auch dieser die Kosten tragen. Außerdem gebe es keine festen Zusagen für Zuschüsse. Es ergebe keinen Sinn, etappenweise vorzugehen, wenn dann die Hälfte nicht umgesetzt werde. Deswegen sei seine Fraktion dagegen.

Erster Stadtrat Scheidel stellte klar, dass jeder Radweg irgendwo beginne. Die Vorlage umfasse die Entscheidung zum ersten Abschnitt, eine Fortführung der Radschnellverbindung über diesen Abschnitt hinaus bedürfe jeweils einer erneuten Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung. Da der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung noch fehle, könne auch noch kein Förderbescheid vorliegen. Es gebe aber eindeutige Zusagen zur Förderung. Falls tatsächlich kein Förderbescheid käme, werde auch nicht gebaut. Er ergänzte, dass der Kreis den Kreisel nur aufgrund des Radschnellweges baue.

Stadtverordnete Erdogan signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion. Es gehe um eine gute und sichere Sache, in der bereits viel Vorarbeit und Prüfung stecke. Es handle sich um einen guten Beitrag zur Verkehrsentslastung und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz.

Stadtverordneter Theymann befürchtete, dass hier ein Radweg gebaut, der nicht genutzt werde. Am Montag habe man noch gegen die Unterfinanzierung der Kommunen protestiert, jetzt solle Geld für solch einen Bau ausgegeben werden, das passe für ihn nicht zusammen. Bei einem Haushalt mit Defizit müsse irgendwann irgendwo angefangen werden zu sparen, hier könne man den Grundstein legen. Außerdem sagte er, dass ein Antrag der UBV im Februar abgelehnt worden sei, mit der Begründung, dass noch nichts entschieden wurde.

Erster Stadtrat Scheidel erwiderte, dass Theymanns Vergleich hinke. Er müsse zwischen dem Ergebnis- und Finanzhaushalt unterscheiden lernen. Die Unterhaltung werde der Straßenbaulastträger, also der Kreis, übernehmen.

Stadtverordneter Isiksal plädierte für die Vorlage. Es sei ein klarer und pragmatischer Weg, ein Leuchtturmprojekt für die Metropolregion. Der Beteiligungsprozess sei vorbildlich gelaufen, nur die geplante Vorfahrtsregelung sehe man kritisch, dies sei aber kein Grund für eine Ablehnung.

Stadtverordneter Ergler sagte, er könne die falsche Darstellung des Stadtverordneten Theymann bzgl. des UBV-Antrags im Februar nicht stehen lassen. Der Antrag sei nach einer sachlichen Diskussion vom Antragssteller zurückgezogen worden, da auf genau diese geplante Vorlage hingewiesen wurde. Es war Konsens, diese Vorlage abzuwarten.

Ehrenstadtverordneter Pfenning erläuterte, dass der Kreis und die Stadt kein Geld hätten. Wenn es vom Kreis finanziert werde, dann werde am Ende die Kreisumlage erhöht. Seiner Meinung nach sei der letzte Bauabschnitt der eigentliche Knackpunkt, da Viernheim nicht im Besitz der Grundstücke sei. Für ihn sei dieser Abschnitt logischerweise der zweite Abschnitt, der angegangen werden müsse. Er zweifelte ebenfalls die geschätzte Anzahl an Nutzenden an. Seine Fraktion werde sich in die weiteren Planungen konstruktiv einbringen.

Beschluss:

Es wird beschlossen,

- a) die Ausführungsplanung (Leistungsphase 5) für die Radschnellverbindung Mannheim–Viernheim–Weinheim (RS 15) auf Grundlage des vorliegenden Planungsstands abzuschließen (Anlage 1).
- b) die Fördermittel für die weiteren Leistungsphasen 6 bis 8 sowie den Bau der Radschnellverbindung abschnittsweise zu beantragen (Anlagen 1-3).
- c) zunächst für Abschnitt 1 der Radschnellverbindung als ersten Bauabschnitt einen Förderantrag für die weiteren Leistungsphasen 6 bis 8 sowie den Bau einzureichen (Anlagen 1-3).

Abstimmung: 27 Ja-Stimme(n), 9 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug:

neu 4. (alt 2.) Antrag des Stadtverordneten Torben Kruhmnn: Erneute Einrichtung eines Arbeitskreises Finanzen für den Haushalt 2027

Bezug: Antrag des Stadtverordneten Kruhmnn vom 09.06.2026

Stadtverordnetenvorsteher Kruhmnn begründete seinen Antrag. Die finanzielle Situation sei weiterhin angespannt. Mit dem letzten Haushalt habe man die letzte Liquidität verbraucht, er befürchte eine schwierige Haushaltsdebatte. Es ergeben sich sicherlich viele

Fragen. Ein sinnvoller Start des Arbeitskreises könne im September sein, da dann erste Zahlen vorlägen.

Stadtverordneter Heß regte an, davor eine entsprechende Veranstaltung zu Fit im Mandat durchzuführen, um erste Grundlagen zu legen.

Stadtverordneter Theymann befürwortete den Antrag. Allerdings habe dasselbe Setting im letzten Jahr nicht zu größeren Ergebnissen geführt. E könne sich deshalb vorstellen, sachkundige Bürger miteinzubeziehen und man sollte früher beginnen.

Bürgermeister Baaß ergänzte, dass die Orientierungsdaten des Landes erst im Oktober oder November vorliegen werden. Im September stünden lediglich die ungefähren hausinternen Budgets, aber keine Rahmenbedingungen fest.

Stadtverordnetenvorsteher Kruhmhann erwiderte, dass durch den Arbeitskreis sehr wohl ein Maßnahmenpaket geschnürt worden sei und die Grundsteuererhöhung so auch niedriger ausgefallen sei als ursprünglich geplant. Er wolle den eigentlichen Kreis möglichst klein und handlungsfähig halten, zu einzelnen Themen könnten aber sicherlich Experten hinzugezogen werden.

Beschluss:

1.) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einrichtung eines Arbeitskreises "Finanzen", der ab September 2026 in regelmäßigen Abständen tagt. Vorbild ist der gleichlaufende Arbeitskreis aus dem Jahr 2025.

Der Arbeitskreis "Finanzen" soll sich wie folgt zusammensetzen:

- Je Fraktion eine Person (jeweils eine Stellvertretung) bzw. fraktionslose Stadtverordnete
- Stadtverordnetenvorsteher (bzw. Stellvertretung)
- Verwaltung (nach Bedarf)

2.) Der Arbeitskreis hat die Aufgabe, den Haushaltsplan der Stadt Viernheim auf Einsparpotenziale zu prüfen und Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten. Zudem soll der Arbeitskreis alle Aufgaben, die nicht zwingend in der Trägerschaft der Stadt Viernheim liegen müssen, beleuchten, hinsichtlich Einsparpotenzialen, aber auch möglicher Auswirkungen auf das Gemeinwesen.

3.) Die Ergebnisse des Arbeitskreises sind in Form einer Empfehlung dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmerei

neu 5. (alt 3.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Entsiegelungsflächen erfassen, entsiegeln und begrünen

Bezug: Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk vom 12.05.2026

Stadtverordnete Martin begründete den Antrag ihrer Fraktion. Es sei zentral für die Stadtentwicklung, der Überhitzung entgegenzuwirken. Man wolle Transparenz und Begrünung schaffen.

Erster Stadtrat Scheidel sagte, dass die Grundintention des Antrags absolut nachvollziehbar und eine wichtige kommunale Aufgabe sei, das Mitdenken von grüner und blauer Infrastruktur mittlerweile ein Grundpfeiler der Stadtplanung sei. Es gebe viele Belange zu beachten, wie Leitungen im Boden oder die Verkehrssicherheit. Es fänden regelmäßige Entsiegelungsmaßnahmen und Begrünungen statt. In den Bebauungsplänen seien diese ebenfalls seit vielen Jahrzehnten enthalten. Zudem sei die praktische Umsetzbarkeit des

Antrags fraglich. Viernheim umfasse über 6 Mio. m², solch eine Erfassung sei mit einem erheblichen Aufwand verbunden und binde Personal über Monate oder Jahre. Zudem koste die Entsiegelung eines m² zwischen 800 und 1.300 €. Der Antrag sei also nicht zielführend.

Stadtverordneter Inturri schloss sich den Ausführungen des Ersten Stadtrates an. Das projektbezogene Vorgehen der Stadt werde unterstützt.

Stadtverordneter Benz schlug den Verweis in den Bauausschuss vor.

Stadtverordnete Martin erklärte, sie habe gedacht, dass dies bereits alles digital sei. Außerdem würden solche Maßnahmen von Bund und Land gefördert.

Stadtverordneter Heß sagte, dass der Antrag verschiedene Themen bündele, die angegangen werden sollten. Gemeinsam sollte man daran arbeiten.

Erster Stadtrat Scheidel merkte an, dass die Förderprogramme bekannt seien und daran gearbeitet werde, er könne auch eine Auflistung der Vorhaben in den Bauausschuss bringen, mehr als im Haushalt vorgesehen, gehe allerdings sowieso nicht.

Ehrenstadtverordneter Pfenning sagte, er kenne anderen Preise für Entsiegelungen als vom Ersten Stadtrat genannt. Man könnte für die Erkennung der Flächen einfach das GIS-System nutzen. Bei einer Antragsüberweisung könne seine Fraktion mitgehen.

Bürgermeister Baaß kritisierte die Grundhaltung der von der Fraktion gestellten Anträge, die immer unterstelle, dass die Verwaltung keine Ahnung habe. Man solle darüber nachdenken, ob dies eine gute Ausgangslage sei. Zudem merkte er an, dass selbst wenn eine Digitalisierung stattgefunden habe, dann erst die eigentliche Arbeit beginne, mit der sich jemand beschäftigen müsse.

Abstimmung über Verweis in den Bauausschuss: 16 Ja-Stimmen, 22 Gegenstimmen. → abgelehnt

Beschluss:

Klimafolgenabwehr ist eine zentrale kommunale Aufgabe im Rahmen einer nachhaltigen, ökologischen Stadtentwicklung. Als besorgniserregende Phänomene des Klimawandels werden wissenschaftlich Hitzewellen und tropische Sommernächte angesehen. Diese sorgen für Inversionswetterlagen, Austrocknen und erhöhte Temperaturen für Pflanzen und Bäume sowie gesundheitsschädlichen Hitzestresse bei Menschen.

Als Gegenmaßnahmen gilt es möglichst viele betonierte und geteerte Flächen zu entsiegeln sowie Fassaden zu begrünen und damit ein Mehr an Versickerung, Verschattung und Verdunstung (3Vs) zu erreichen.

Deshalb wird die Stadtverwaltung beauftragt:

- a) Eine Liste/Kartierung von aufgelassenen Betonflächen (i.e. Betonbrachen) und Teer/Asphaltflächen > 5qm im öffentlichen Bereich zu erstellen (z.B. abmarkierte Flächen)
- b) Die Kosten für b1) deren Entsiegelung und b2) angemessene Begrünung einschließlich Baumstandorten zu veranschlagen
- c) Dito für mögliche Fassadenbegrünungen an städtischen Gebäuden
- d) Vorschläge zur Förderung privater Begrünung von Hausfassaden vorzulegen

Sollte eine Entsiegelung nicht möglich sein oder als nicht sinnvoll eingestuft werden, sollen für die betreffenden Flächen alternative Nutzungsweisen vorgeschlagen werden.

Abstimmung: 7 Ja-Stimme(n), 28 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, 1. Stadtrat

neu 6. (alt 5.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Öffentliche Sicherheit und Ordnung – Maßnahmen gegen Jugendgewalt

Bezug: Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk vom 12.05.2026

Ehrenstadtverordneter Pfenning sprach für seine Fraktion. Wenn man durch die Stadt laufe, sehe man Gewalt gegen Sachen und auch Vorfälle von körperlicher Gewalt. Wenn man die Jugendlichen darauf anspreche, merke man, dass die Frustration steige. Deswegen müsse man in den Anfängen eingreifen. Man würde auch einem Verweis in den Ausschuss zustimmen.

Erster Stadtrat Scheidel sagte, dass die geschilderten Fälle ernst genommen würden. Die Wortwahl im Antrag zeichne allerdings eher ein Bild der Situation in Brennpunkten wie dem Bahnhofsviertel in Frankfurt und nicht der Viernheimer Realität. Es würden auch verschiedene Sachverhalte vermischt und direkte Bezüge zu z.B. Drogenkonsum gezogen. Es handle sich um eine Pauschalisierung von Jugendlichen, wobei sich die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen vorbildlich verhalte. Außerdem widersprächen die hiesigen weitgehenden Forderungen den im nachfolgenden Antrag geforderten Stelleneinsparungen. Nach der Sommerpause werde die Thematik zusammen mit der Polizei und der Jugendförderung im Sozial- und Kulturausschuss aufgegriffen und die tatsächliche Lage dargestellt. Zudem werde informiert, welche Präventionsmaßnahmen es schon gebe und welche Aufgaben von wem wahrgenommen würden.

Stadtverordneter Ergler kritisierte, dass auch ihm beim Lesen der Vorlage Bilder von Jugendaufständen aus Frankreich in den Kopf schossen. Er habe einen Sohn im entsprechenden Alter. Dieser habe sich betroffen davon gezeigt, dass es Menschen in der Stadtverordnetenversammlung gebe, die solch ein schlechtes Bild von den Jugendlichen in Viernheim zeichnen. Er unterstütze den Vorschlag des Ersten Stadtrats zum Austausch.

Dem schloss sich auch **Stadtverordneter Neuß** an und beantragte den Verweis in den Sozial- und Kulturausschuss.

Ebenso kritisierte **Stadtverordnete Döringer** den Antrag und verwies auf die guten Programme der Jugendförderung, über die sich die antragstellende Fraktion wohl nicht informiert habe.

Ehrenstadtverordneter Pfenning entgegnete, dass die Ausführungen der Vorredner so nicht aus dem Antrag herauszulesen seien. Es würde nicht allen Jugendlichen dieses Verhalten unterstellt, einige wenige zerstörten allerdings das Bild vieler von allen Jugendlichen. Die Situation werde langsam schlimmer, er habe dazu auch mit Schulleitungen gesprochen, bei denen Gewalt auf den Schulhöfen zunehme.

Bürgermeister Baaß lud dazu ein, das Informationsangebot des Ersten Stadtrates anzunehmen und auf Grundlage von Fakten Themen zu betrachten und Anträge zu stellen.

Stadtverordneter Inturri nahm den Antrag auf Verweis in den Ausschuss zurück, man solle das Angebot des Ersten Stadtrates annehmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die zuständigen Ämter der Stadtverwaltung mit einer zeitnahen Erstellung eines Konzeptes zur Bekämpfung der örtlichen Jugendgewalt, Alkoholmissbrauch und Drogenkriminalität.

Dieses Konzept soll in ausgewogener Weise ordnungsrechtliche Maßnahmen wie regelmäßige Kontrollen, pädagogische Angebote zur Kommunikation mit den Zielgruppen, Prävention und Rehabilitation, Einsatz von Streetworking sowie Kampagnen zur Aufklärung über Folgen der Jugendgewalt und Drogenkonsum beinhalten.

Eine Kooperation mit Schulen ist anzustreben, um deren Erfahrungen mit Gewalt und Drogenkonsum in die Konzeptualisierung einfließen zu lassen.

Soziale Brennpunkte für Jugendgewalt sind zu identifizieren und in den Maßnahmenkatalog zu berücksichtigen.

Die Konzeptvorlage ist dem zuständigen Fachausschuss zur weiteren Beratung mit dem Ziel einer praktikablen Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten bis spätestens Juli 2026.

Abstimmung: 5 Ja-Stimme(n), 30 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Ordnungsamt, KuBuS, 1. Stadtrat, Bürgermeister

neu 7. (alt 4.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Stellensperre 2026

Bezug: Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk 12.05.2026

Stadtverordneter Theymann erläuterte, dass die Verwaltung keine Einsparmöglichkeiten sehe. Beim Personal handele es sich um einen großen Posten, der weiter steigen werde. Er forderte dabei mehr Kontrolle für das Parlament.

Bürgermeister Baaß erwiderte, dass dies nicht der Realität entspreche. Der Personaleinsatz erfolge ausschließlich nach dem Stellenplan, man halte auch keine „Vorratsstellen“. Es gebe natürlich immer Langzeiterkrankungen, Elternzeiten oder Kündigungen und Renteneintritte, die tiefgehende Einschnitte mit sich brächten. Wiederbesetzungen dauerten Monate, diese Übergangszeiten werden dann von den Kolleginnen und Kollegen aufgefangen. Er nannte das Beispiel einer unbesetzten Stelle im Sozial- und Standesamt. Die neue Kollegin komme erst im Herbst. Die Folge sei, dass Brautpaare länger warten müssten und sich auch die Kitaentwicklungsplanung verzögere. Bei weiteren Ausfällen und einer Sperre wäre dieses Amt nicht mehr handlungsfähig.

Stadtverordnete Schmiddy berichtete von guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Sie bedankte sich für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Stadtverordneter Mandel sagte, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde. Die anderen Anträge der Fraktion mit weitreichenden Forderungen stünden im Widerspruch zu diesem Antrag. Dieses Grundmisstrauen des Bürgernetzwerkes sei eine schlechte Grundlage für eine gute Zusammenarbeit.

Stadtverordneter Inturri stimmte den Vorrednern zu. Dieser Antrag wirke wie ein schlechter Entwurf mit vielen nicht zu Ende gedachten Punkten, was einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die ehrenamtlichen Mandatsträger gleichkomme. Es gehe nicht um Seriosität, sondern nur um Provokation.

Stadtverordneter Heß schloss sich den Vorrednern an.

Stadtverordneter Benz brachte ein, dass solche Themen im Arbeitskreis Finanzen behandelt werden könnten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Rahmen der anstehenden Haushaltskonsolidierung eine Stellensperre für die Stadtverwaltung. Dies betrifft

- a) die Besetzung von neuen Stellenausschreibungen gemäß dem Stellenplan
- b) die Wiederbesetzung freiwerdender Stellen durch das Ausscheiden bisheriger Mitarbeiter

Der beschlossene Stellenplan zum Haushalt 2026 wird ausgesetzt.

Über begründete Ausnahmen von dieser Stellensperre entscheidet der Magistrat mit Kenntnisgabe des Parlaments, um diesen ggf. die Möglichkeit zum Einspruch bzw. Übernahme des Beschlusses zu ermöglichen.

Strategische Ausnahmen sind besonders sensible oder gesetzlich geschützte Bereiche wie

- Aufgaben zur unmittelbaren Gefahrenabwehr,
- Rechtliche Pflichtaufgaben, die die Verwaltung gesetzlich zu bestimmten Leistungserbringungen verpflichten,
- Kritische Einzelfälle wie bei drohenden Rechtsverstößen, akuter Überlastung oder wenn durch eine Besetzung höhere Einnahmen erzielt werden können.

Die Stellenbesetzungssperre soll Hand in Hand gehen mit Maßnahmen zur Prozessoptimierung, Digitalisierung und internen Stellenumschichtungen.

Die Stellensperre wird zum 30.6.2026 wirksam und gilt zunächst für ein Jahr. Danach muss sie ausdrücklich durch das Parlament verlängert werden.

Abstimmung: 3 Ja-Stimme(n), 29 Gegenstimme(n), 6 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, Bürgermeister

neu 8. (alt 6.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Einhaltung Lärmschutz Baugebiet Nordwest II

Bezug: Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk vom 12.05.2026

Stadtverordneter Jukic verließ den Sitzungssaal aufgrund § 25 HGO (Befangenheit).

Ehrenstadtverordneter Pfenning verwies auf den Antrag. Man wolle sicherstellen, dass der Lärmschutz eingehalten werde. Im Interesse der zukünftigen Bauherren sollten die Richtwerte als verbindlich angesehen werden.

Erster Stadtrat Scheidel erläuterte, dass sich das Bürgernetzwerk auf eine Anmerkung aus einem Gutachten aus dem Jahre 2018 beziehe, welche im neuen Gutachten nicht mehr vorhanden sei. Jeder Eigentümer sei verpflichtet, die schallschutztechnischen Vorgaben des Bebauungsplanes umzusetzen. Die Riegelbebauung sei dabei keine Voraussetzung mehr, sondern nur eine Empfehlung. Ein Beschluss des Antrags hätte erhebliche Auswirkungen. Man versuche den Eindruck zu erwecken, es gehe nur um den Lärmschutz, dabei gehe es um eine Verzögerung oder Beendigung des Baugebiets.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Viernheim verpflichtet die Verwaltung verbindlich zur Einhaltung der Lärmschutzwerte gemäß Fachgutachten Lärm und der darin erläuterten DIN 18005 zum Entwurf des B-Plans Nordwest II

Dies hat zur Folge:

- a) Dass keine Baugenehmigungen erteilt werden bis die im Lärmschutzgutachten empfohlene Riegelbebauung realisiert ist oder zeitlich parallel erfolgt, weil erst dadurch im nachstehenden Bereich des Bebauungsgebietes die Lärmschutzwerte eingehalten werden können.
- b) In den Verträgen mit den zukünftigen Hauseigentümer*innen ist festzuhalten, dass im Bebauungsgebiet erhöhte Lärmwerte bestehen und die Stadt Viernheim nach dieser Information von diesbezüglichen Regressforderungen freigestellt ist.

Abstimmung: 6 Ja-Stimme(n), 30 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, 1. Stadtrat

neu 9. (alt 7.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: MINT-Bus hier: Erweiterte Nutzung des Kleinbusses der Stadtjugendpflege zur Förderung der außerschulischen Bildung von Jugendlichen und Kindern in Viernheim

Bezug: Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk vom 09.06.2026

Stadtverordnete Gander verdeutlichte die Wichtigkeit von Bildungsangeboten im MINT-Bereich, die unabhängig vom familiären Hintergrund oder finanziellen Möglichkeiten seien. Sie verwies auf tolle Angebote in Heidelberg und das Schülerforschungszentrum in Bensheim, das im Herbst öffne. Es solle Kindern und Jugendlichen in Viernheim ermöglicht werden, diese Angebote zu nutzen, indem eine kostengünstige oder kostenlose Beförderung angeboten werde. Durch die aktuellen Entwicklungen auf Kreisebene wolle man den Antrag präzisieren und in den Sozial- und Kulturausschuss verweisen.

Bürgermeister Baaß verwies auf das Alter des Busses, er sei eher nicht für diesen Zweck geeignet. Es spräche aber nichts dagegen, den Antrag zu verweisen und sich mit der Thematik zu beschäftigen.

Verweis in den Sozial- und Kulturausschuss: Einstimmige Zustimmung

Auszug: KubuS, ASS

Stadtverordneter Benz stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung: Beendigung der Sitzung um 21:40 Uhr, die restlichen Tagesordnungspunkte werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Stadtverordnetenvorsteher Kruhmnn ließ über den Antrag abstimmen:
Einstimmig, bei einer Enthaltung

neu 10. (alt 13.) Transparente Darstellung der Kosten und Strukturen der Abfallbeseitigung im Stadtgebiet Viernheim - Beantwortung des CDU-Antrags

Bezug: Vorlage des Amts für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 15.06.2026

Die TOPS neu 10. bis neu 12. wurden zusammen diskutiert, aber getrennt abgestimmt.

Der **Vorsitzende des Bauausschusses Bergmann** berichtete von der Kenntnisnahme des Ausschusses mit kurzer Beratung.

Stadtverordneter Mandel dankte für die Infovorlage. Der von der CDU eingebrachte Antrag (neu 11.) sei das Ergebnis von Gesprächen, die auf der Sommertour geführt wurden. Den Antrag des Bürgernetzwerkes werde man mittragen.

Stadtverordneter Theymann sagte, man solle das Konzept durchdenken und Experten und verschiedene Disziplinen einbeziehen. Des Weiteren beantragte er den Verweis des Antrags seiner Fraktion (TOP neu 12.) in den Bauausschuss.

Auszug: ASU

neu 11. (alt 12.) Antrag der CDU-Fraktion: Prüfantrag Sofortprogramm sichtbar saubere Stadt

Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2026

Siehe TOP neu 10.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen fachlich zu prüfen und das Ergebnis dem Sozial- und Kulturausschuss vorzulegen:

1.) Voting-Aschenbecher

Konzept: Sogenannte „Voting-Aschenbecher“ sollen motivieren, Zigarettenkippen nicht auf den Boden zu werfen.

Wo ist die Aufstellung solcher Aschenbecher sinnvoll?

Mit welchen Kosten wäre die Maßnahme verbunden?

2.) Taschen-Aschenbecher

Konzept: Gezielte Verteilung von Taschen-Aschenbechern an Raucher.

Wie wird der Mehrwert eingeschätzt?

Mit welchen Kosten ist zu rechnen?

Ist es sinnvoll, die Verteilung in eine Kampagne einzubetten?

3.) Nudging / Leithinweise

Konzept: Ziel dieser Maßnahme soll sein, die Bürger „anzustupsen“, den Müll an der richtigen Stelle zu entsorgen:

Humorvolle Beschriftung

Auffällige Farben statt Standard-Grau

Bodenpfeile oder Leitsysteme

Interaktive Elemente (Sound, Licht)

Thematische Mülleimer (z. B. für Pizza, Zigaretten)

Welche Maßnahmen lassen sich sinnvoll in die bestehende Infrastruktur einbinden?

4.) Neuer Ansatz Hinweisschilder „Hundekot“

Konzept: Anstelle der bisherigen „Hundekot“-Plakate werden nach Vorbild der Stadt Wien Pappaufsteller direkt in die Grünanlage gestellt. Die Aufsteller verdeutlichen das zu erwartende Ordnungsgeld bei Zuwiderhandlung.

Mit welchen Kosten wäre diese Maßnahme verbunden?

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: 1. Stadtrat, ASU, Stadtbetrieb, O-Amt

neu 12. (alt 8.) Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk: Entwicklung eines Konzepts zur Verbesserung der Stadtsauberkeit in Viernheim

Bezug: Antrag der Fraktion Bürgernetzwerk vom 09.06.2026

Siehe TOP neu 10.

Verweis in den Bauausschuss: Einstimmig, bei einer Enthaltung.

Auszug: Ordnungsamt, ASU, 1. Stadtrat, Stadtbetrieb

Die TOPs neu 13. bis neu 17. werden in die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

ENDE DER SITZUNG: 21:40 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: K r u h m a n n

Torben Kruhmann

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

gez.: R e i n e r s

Simone Reiners

F.d.R.d.A.

Oberinspektorin